

07. Protokoll

über die am Donnerstag, den 20.10.2016, unter dem Vorsitz von Dipl. Ing. (FH) Daniel Stern abgehaltene Sitzung des Gemeinderates.

Beginn 19.00 Uhr

Ende: 00.40 Uhr

Anwesende:

Dipl. Ing. (FH) Daniel Stern
Dr. Angelika Eigentler
Ing. Reinhard Engl
Walter Jenewein
Thomas Leitgeb
Franz Obex
Johann Pittl
Ramon Ram
Gerhard Rofner
Regina Spatzier
Dipl. Ing. Andreas Hammer
Stefan Lindner
Gerhard Saurwein

Vertretung für Herrn Manfred Leitgeb
Vertretung für Herrn Dr. Reinhold Kafka-Ritsch
Vertretung für Herrn Richard Spatzier

Entschuldigt:

Dr. Reinhold Kafka-Ritsch
Manfred Leitgeb
Richard Spatzier

Schriftführer:

Stefan Zorn

TAGESORDNUNG:

- 1) Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 26.09.2016;
- 2) Präsentation der Evaluierung einer kommunalen Breitbandstrategie durch Herrn Arno Abler gem. Auftrag vom 13.06.2016;
- 3) Neubau Volksschule
 - 3.1) Vergabe der Inneneinrichtung Teil 2: Aulabestuhlung und interaktive Tafeln;
- 4) Sozialer Wohnpark
 - 4.1) Beratung über das Schreiben von Herbert Driendl vom 17.09.2016 betreffend Cafe-Restaurant;
 - 4.2) Beratung und Beschlussfassung über das Schreiben von Adi u. Andrea Krösbacher, sowie Angelika Koch;
 - 4.3) Beratung und Beschlussfassung über den Baurechtsvertrag und die Mietverträge;
- 5) Beratung und Beschlussfassung über den Antrag der Fam. Kindl bezüglich Widmung Freizeitwohnsitz Gp. 848/1 u. 849/2;
- 6) Gemeindegutsagrargemeinschaft
 - 6.1) Bericht des Substanzverwalters;

- 7) Kurzberichte aus den Ausschüssen
 - 7.1) Bau- und Raumordnung
 - 7.2) Infrastruktur
 - 7.3) Kultur
- 8) Beratung und Beschlussfassung über die bisher eingebrachten Anträge;
- 9) Bericht über die zukünftige Nutzung des kleinen Sitzungssaales durch politische Fraktionen;
- 10) Anträge, Anfragen und Allfälliges
- 11) Personalangelegenheiten;

Erledigung:

Der Bürgermeister begrüßt die anwesenden Gemeinderäte und Zuhörer.
Die Ersatzmitglieder Stefan Lindner und Gerhard Saurwein werden angelobt.

Zu 1)

Zum Protokoll der Sitzung vom 26.09.2016 gibt es keine schriftlichen Stellungnahmen.
GR Jenewein ist der Meinung, dass zum Pkt. 2.2 beschlossen wurde, dass man das Projekt Breitbandausbau auf Grund der Aussagen der A1 vorerst ruhend gestellt hat.
Dazu meint der Bürgermeister, dass man das nicht beschlossen hat, sondern in beide Richtungen weitersondieren wollte.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt mit 9 Stimmen gegen 4 Stimmen (Enthaltung Jenewein, Thomas Leitgeb, Lindner, Saurwein), das Protokoll der Sitzung vom 26.09.2016 zu genehmigen.

Zu 2)

Zu diesem Punkt begrüßt der Bürgermeister Herrn Arno Abler von der Communalconnect. Vorher ersucht er aber noch Walter Peer von der Communalp um eine kurze Erläuterung, was eigentlich ein Lichtwellenleiter ist, da er in der letzten Sitzung (Präsentation A1) den Eindruck hatte, dass sich nicht jeder etwas darunter vorstellen kann.

Walter Peer schickt voraus, dass er selbst von Breitband und Lichtwellenleitern keine Ahnung hatte, es war ihm deshalb ein Bedürfnis, das Thema so aufzubereiten, dass es auch für den Laien verständlich ist.

Er erläutert, dass eine flächendeckende Internetversorgung im Rahmen der Infrastruktureinrichtungen zu den Daseinsgrundfunktionen zählt. Er zeigt anhand von Modellen wie eine Leerverrohrung mit Lichtwellenleiter/Glasfaserkabel aufgebaut ist und zeigt die Möglichkeiten der Versorgung auf:

FTTV = Fiber to the Village: Glasfaser bis in den Ort (ein Punkt als Zubringer, von da an Kupferleitungen)

FTTC = Fiber to the Curb: Glasfaser bis zu einem Straßennetzknoten, von da an wieder Kupferleitung zum Endverbraucher

FTTH = Fiber to the Home = Glasfaser bis in die Wohnung

Weiters bringt er noch Beispiele für die benötigten Bandbreiten (= Geschwindigkeit der Datenübertragung) vom Einfamilienhaus bis zum Gewerbeobjekt.

Für ihn ergibt sich daraus grundsätzlich der Schluss, dass sich Gemeinden mit einer hohen Datenverfügbarkeit in Zukunft auch im Hinblick auf mögliche Betriebsansiedelungen leichter tun werden.

Der Bürgermeister bedankt sich für die einleitenden Erklärungen und ersucht Arno Abler um seine Ausführungen.

Arno Abler schickt voraus, dass er neben seiner Tätigkeit als Steuerberater 13 Jahre Bürgermeister von Wörgl war und in dieser Zeit – ab 1997 – das erste Breitbandnetz in Tirol in der Stadtgemeinde Wörgl aufgebaut hat.

Nielsens Gesetz sagt, dass der Bandbreitenbedarf jedes Jahr um 50 % zunimmt. Standard sind heute 30 Mbit, vielfach ist es in den ländlichen Gemeinden weniger, teilweise sind aber auch schon 100 Mbit möglich.

In ca. 10 Jahren werden laut diesem Gesetz schon 1,5 Gbit Standard sein, was rd. dem 50-fachen des heutigen Standard entspricht. Sceptiker werden sagen, was soll jetzt technisch noch kommen, das diese hohen Bandbreiten benötigt, aber auch Bill Gates hat seinerzeit gesagt, dass Festplatten mit 20 MB genug sein werden. Künftige Entwicklungen wie das Internet der Dinge, Cloudcomputing und Smarthome werden gewaltige Bandbreiten benötigen.

Derzeit gibt es 3 Festnetztechnologien:

Kupferleitung ins Haus: noch ausreichend mit neuen Technologien, wird aber bald an Grenzen stoßen

Koaxkabel: Kabelfernsehen, leistungsfähiger, aber auch über Kupferkabel

Glasfaser: theoretisch kein technisches Limit für Bandbreiten

Fakt ist, dass die Zukunft der Glasfaser gehört. Die Frage ist nicht mehr wie man die Bandbreite bekommt sondern wer sie zur Verfügung stellt.

Warum sollte sich eine Kommune mit diesem Thema beschäftigen?

Für ihn ist es eine der wichtigsten Infrastrukturen der Zukunft und eine nachhaltige Einnahmequelle für die Gemeinde.

Die Gemeinde entscheidet selbst über den Versorgungsgrad und es gibt kein „Rosinenpicken“ wie bei großen gewinnorientierten Unternehmen.

Voraussetzung für den kostendeckenden Betrieb eines kommunalen Netzes sind Faktoren wie Netzkosten, Netzerrichtung, Fördermittel, Anzahl der potentiellen Kunden, Abschlussquote und Anteil am Providerumsatz.

Er zeigt die möglichen Verlegungsmethoden und die Förderfähigkeit auf, sowie Kostenszenarien.

Abschließend empfiehlt Abler der Gemeinde Mieders die Errichtung eines Bürgernetz Mieders, d.h. Vollausbau in den förderfähigen Gebieten, teilweise mit bestehenden Leerverrohrungen bzw. klassischer Leitungsverlegung, in den nicht förderfähigen Gebieten die interimistische Errichtung eines WLAN-Netzwerkes und in der Folge endgültiger LWL-Ausbau durch laufende Mitverlegung.

Versorgung offen für alle Provider gemäß einheitlichen Bedingungen.

Der Bürgermeister bedankt sich für die Ausführungen und stellt diese zur Diskussion.

EM Lindner:

Wenn Abler diesen Vortrag vor 10 Jahren gehalten hätte, dann hätte er zugestimmt, heute nicht mehr. Er ist der Meinung, dass die Zukunft in den drahtlosen Netzen liegt und ersucht seine Argumente mit einer Präsentation vortragen zu dürfen.

Er zeigt auf, dass in Österreich eine flächendeckende Versorgung mit ultraschnellem Breitband (100Mbit) bis zum Jahr 2020 erreicht werden soll, die EU-Richtlinie aber nur eine Deckung von 50 % vorgibt. Mit künftigen Technologien können über die bestehenden Kupferleitungen bis 1Gbit erreicht werden. Seiner Meinung nach gibt es keinen Provider der sich in

ein kommunales Netz einkaufen würde, für den Endkunden würde es auch nicht billiger werden. Er sieht die Zukunft im 5G Mobilfunkstandard der in Österreich bis 2020 verfügbar sein soll und würde der Gemeinde daher raten, abzuwarten wie die Entwicklung in den nächsten Jahren verläuft und nichts in den LWL-Ausbau zu investieren.

Dazu meint Arno Abler dass 5G kommt, man wird aber ca. 10 mal so viele Antennenstandorte brauchen wie heute, LTE ist ein Sharedmedium, d.h. die Bandbreite sinkt mit der Anzahl der gleichzeitigen Zugriffe.

Nach eingehender Diskussion ersucht der Bürgermeister den Gemeinderat, dieses Thema im Infrastrukturausschuss zu bearbeiten.

GR Jenewein ersucht abschließend, dass man vordringlich eine Lösung für das Gewerbegebiet suchen sollte, in welcher Form auch immer.

Zu 3)
Zu 3.1)

Florian RaggI von der PEM berichtet, dass 4 verschiedene Modelle für die Aulabestuhlung ausgesucht wurden. Es gibt 3 Anbieter die im Budgetrahmen liegen, ein Fabrikat liegt knapp darüber. Von der Qualität her sind die 3 teuersten am besten, der Sitzkomfort ist Geschmackssache. Der Gemeinderat tendiert zum Stuhl den Walter Jenewein angeboten hat, dieser liegt knapp über dem Budgetrahmen. RaggI gibt daher die Empfehlung für diesen Stuhl.

Walter Jenewein ist als Bieter befangen und setzt sich in den Zuschauerraum.

**VOLKSSCHULE NIEDERS
ÜBERSICHT PREISSPIEGEL AULABESTUHLUNG**

18.10.2016

Pos.	Position	EH	Jenewein		Reiter		Wittmann	
			EP	Pos. Preis	EP	Pos. Preis	EP	Pos. Preis
63.01.01.E	Stapelstuhl	100 Stk.	€ 161,95	€ 16.195,00	€ 145,00	€ 14.500,00	€ 64,70	€ 6.470,00
63.01.01.G	Stuhltransportwagen	2 Stk.	€ 433,43	€ 866,86	€ 312,00	€ 624,00	€ 242,05	€ 484,10
SUMME NETTO			€ 17.061,86		€ 15.124,00		€ 6.954,10	
abzgl. 0,9% Allgemeinkosten			-€ 153,56		-€ 136,12		-€ 62,59	
Summe netto inkl. Abzug			€ 16.908,30		€ 14.987,88		€ 6.891,51	
20% MWSt			€ 3.381,66		€ 2.997,58		€ 1.378,30	
Zwischensumme			€ 20.289,96		€ 17.985,46		€ 8.269,82	
abzgl. 3,0% Skonto			-€ 608,70		-€ 539,56		-€ 248,09	
SUMME BRUTTO			€ 19.681,26		€ 17.445,90		€ 8.021,72	
im Haushaltsbudget			€ 17.692,80		€ 17.692,80		€ 17.692,80	
Differenz			-€ 1.988,46		€ 246,90		€ 9.671,08	

Zu den Interaktiven Tafeln führt RaggI aus, dass es 2 verschiedene Systeme auf dem Markt gibt, die Lehrpersonen selbst legen sich nicht auf ein bestimmtes System fest, wünschen sich aber, dass 4 Klassen ausgerüstet werden und 1 mobiles System angeschafft wird.

Pos.	Position	EH	Klausner		AV Solutions		AV Solutions	
			EP	Pos. Preis	EP	Pos. Preis	EP	Pos. Preis
			System Promethlan		System Promethlan		System SMART	
1	MultiTouch-Display 84"	5 Stk.	€ 5.035,59	€ 25.177,95	€ 4.200,00	€ 31.000,00	€ 6.000,00	€ 30.000,00
2	Frachtkosten	5 Stk.	€ 135,00	€ 475,00				
3	Pylonen-Höhenverstellung wandmontiert	4 Stk.	€ 892,00	€ 3.568,00	€ 850,00	€ 3.400,00	€ 850,00	€ 3.400,00
4	Montage Pylonen-Höhenverstellung	4 Stk.	€ 375,00	€ 1.500,00				
5	Mobile Einheit mit elektrischer Höhenverst.	1 Stk.	€ 896,00	€ 894,00	€ 1.100,00	€ 1.100,00	€ 1.100,00	€ 1.100,00
6	Montage und Inbetriebnahme mobiles System	1 Stk.	€ 285,00	€ 285,00				
7	Elektroinstallation für wandmontierte Systeme	4 Stk.	€ 40,00	€ 160,00	€ 200,00	€ 800,00	€ 200,00	€ 800,00
8	Kleinteile (Kabel, etc.)	1 Stk.	€ 419,96	€ 419,96				
9	Anfahrtspauschale	1 Stk.	€ 570,00	€ 570,00	€ 1.700,00	€ 1.700,00	€ 1.700,00	€ 1.700,00
10	Software	5 Stk.	€ 0,00	€ 0,00				
11	Software Einführung	1 Stk.	€ 148,00	€ 148,00	€ 200,00	€ 200,00	€ 200,00	€ 200,00
12	Basisschulung	1 Stk.	€ 533,60	€ 533,60	€ 350,00	€ 350,00	€ 350,00	€ 350,00
13	Wartung 1 Jahr	5 Stk.	€ 145,00	€ 725,00	€ 800,00	€ 4.000,00	€ 800,00	€ 4.000,00
14	Garantieverlängerung auf 5 Jahre	5 Stk.	---	---	€ 350,00	€ 1.750,00	€ 540,00	€ 2.700,00
	Zwischensumme			€ 34.858,51		€ 44.300,00		€ 44.250,00
	Optional:							
15	Stand-PC	4 Stk.	€ 523,25	€ 2.093,00	€ 675,00	€ 2.700,00	€ 675,00	€ 2.700,00
16	Bildschirm	4 Stk.	€ 161,00	€ 644,00	€ 115,00	€ 460,00	€ 115,00	€ 460,00
17	Notebook	1 Stk.	€ 798,00	€ 798,00	€ 730,00	€ 730,00	€ 730,00	€ 730,00
	SUMME NETTO			€ 39.393,51		€ 48.190,00		€ 48.140,00
	20% MWST			€ 7.678,70		€ 9.638,00		€ 9.628,00
	SUMME BRUTTO			€ 46.072,21		€ 57.828,00		€ 57.768,00

Raggl empfiehlt das System der Fa. Klausner, da es das billigste ist und die Lehrer an der Pädak auch an diesem Gerät ausgebildet werden.

GV Eigentümer:

Hat man in Erwägung gezogen, statt der zusätzlichen Whiteboards die alten Tafeln zu installieren? Die Stifte für die Whiteboards sind anscheinend sehr gesundheitsschädlich.

Raggl:

Diese Variante ist von der Schule gewünscht, aber er wird das noch mit der Direktion besprechen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, die Aulabestuhlung für die neue Volksschule – 100 Stühle inkl. 2 Transportwagen – zum Anbotspreis von € 19.681,26 inkl. Ust. bei der Fa. Walter Jenewein zu bestellen.

Weiters beschließt der Gemeinderat einstimmig, die Interaktiven Tafeln für 4 Klassen und 1 mobiles System bei der Fa. Klausner zum Preis von € 46.072,21 inkl. Ust. zu bestellen.

Zu 4)
Zu 4.1)

Das Schreiben von Herbert Driendl sowie das Antwortschreiben des Bürgermeisters wurden dem Gemeinderat übermittelt, der Bürgermeister will es aber jetzt nicht zur Diskussion stellen, da ohnehin im nächsten Punkt über den Mietvertrag für das Cafe-Restaurant beraten wird.

Zu 4.2)

Schon vor längerer Zeit hat es eine Anfrage der Barmherzigen Schwestern Zams gegeben, ob für 5 Menschen mit Behinderungen im geplanten Sozialen Wohnpark Wohnmöglichkeiten

zur Verfügung gestellt werden können. Dieses Ansuchen wurde damals in der Steuerungsgruppe behandelt aber abgelehnt, weil großer Bedarf an betreubarem Wohnen da ist.

Die beiden vorliegenden Ansuchen sind im Planungsverband eingegangen, der Bürgermeister hat sich dann bereit erklärt, dass er diese Angelegenheiten auch im Gemeinderat nochmals besprechen wird.

Da auch vom Land und von Frau LR Baur bezüglich einer Inklusion nochmals Anfragen gekommen sind, wäre es ihm ein Anliegen, dieses Thema noch einmal aufzugreifen und in der Steuerungsgruppe zu behandeln.

GV Eigentümer:

Hat sich damals in der Steuerungsgruppe zu diesem Thema überfordert gefühlt, es wird immer vermischt ob betreutes oder betreubares Wohnen, deshalb sollte man dieses Thema mit dem heutigen Wissen nochmals diskutieren.

GR Obex ist grundsätzlich dafür, aber nur für Stubaier, ihm gefällt nicht, wenn sich hier Politiker einmischen, aber es wäre kein Problem für ihn hier Platz zu schaffen.

EM Hammer:

Wie ist der Planungsstand für den Sozialen Wohnpark?

Bgm.: Die Planung ist fix und fertig, laut WE wären Änderungen aber immer noch möglich.

Walter Peer: Die zusätzlichen Kosten wären nicht sehr hoch und würden die Gemeinde und die WE nicht belasten. Die allfälligen Mehrkosten für die Umplanung würde die Communalp übernehmen. Dies aber nur unter der Voraussetzung, dass diese Umplanungen dann auch umgesetzt werden, d.h. es müsste heute ein Grundsatzbeschluss gefasst werden.

Dr. Schöpf stellt klar, dass die Gemeinde das Zuweisungsrecht für den gesamten Wohnpark (Junges Wohnen und betreubares Wohnen) hat, deshalb müsste sie das Nutzungsprofil per Beschluss auf die Inklusion erweitern.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, dass 5 Wohneinheiten aus dem Bereich betreubares Wohnen für die Inklusion zur Verfügung gestellt werden, weitere Details werden noch ausgearbeitet.

Bgm. Stern bedankt sich beim Gemeinderat für ein neuerliches Überdenken und diesen einstimmigen Beschluss.

Zu 4.3)

Zu diesem Thema gibt der Bürgermeister das Wort an Dr. Herbert Schöpf und ersucht ihn um Erläuterung der vorliegenden Vertragsentwürfe.

Der vorliegende Baurechtsvertrag regelt die Nutzungsdauer für den sozialen Wohnpark, zugrunde liegt diesem Vertrag eine mittlerweile herausgeteilte Grundparzelle, dies war Voraussetzung für die vorliegenden Verträge, daher konnten diese Verträge auch erst jetzt fertiggestellt werden, da die Flächen vorher nicht genau bekannt waren.

Die Verträge sind am Freitag an die Gemeinde ergangen, der Bürgermeister wollte, dass sie am Mittwoch vorliegen, es war ihm aber nicht möglich früher zu liefern, dafür entschuldigt er sich.

Dr. Schöpf bringt den Baurechtsvertrag in groben Zügen zur Kenntnis.

GV Eigentler:

Warum fällt das Gebäude nach 52 Jahren nicht an die Gemeinde sondern an die Ärztekammer?

Dazu erklärt Dr. Schöpf, dass dann der Projektsicherungsvertrag zwischen Gemeinde und Ärztekammer zum Tragen kommt, darin ist geregelt, dass die Gemeinde ein Baurecht für die Dauer von 60 Jahren mit einer Option auf Verlängerung auf gesamt 99 Jahre hat.

Dieser Baurechtsvertrag ist lediglich der Rechtstitel für die WE, dass sie als Bauherr auftreten darf, relevant für die Gemeinde ist eigentlich nur der Bauzins im Vertrag.

EM Hammer: Ab Übergabe an die Gemeinde übernimmt die Gemeinde auch den Bauzins?

Dr. Schöpf: Die Gemeinde hat ohnehin das ganze Grundstück übernommen und müsste auch den ganzen Zins zahlen, dadurch dass die WE baut, vermindert sich für diese Zeit der Bauzins der Gemeinde auf € 2.922,- pro Monat.

GR Jenewein hat einen Fehler in der Berechnung des Bauzinses entdeckt, dieser wird noch geändert.

Er fragt Dr. Schöpf, warum die WE den Vertrag nicht direkt mit dem Sozialsprengel machen kann.

Dr. Schöpf: Die Gemeinde hat eine europaweite Ausschreibung gemacht und den Raumbedarf vorgegeben, deshalb kann die Gemeinde jetzt nicht sagen, dass sie das Risiko nicht tragen will.

GV Thomas Leitgeb will wissen, ob es schon Verträge mit den Gemeinden bezüglich der Räumlichkeiten für den Sozialsprengel gibt.

Dies verneint der Bürgermeister, er hat aber heute mit der Geschäftsführerin des Sozialsprengels gesprochen, diese hat kein Problem mit der Höhe der Miete, sondern ist sogar von einem höheren Mietzins ausgegangen.

In der weiteren Diskussion wird die Höhe der Miete für das Cafe-Restaurant kritisiert, dazu meint der Bürgermeister, dass die ursprüngliche Idee war, dass man die Wohnungen leicht teurer macht, damit die frei finanzierten Einheiten billiger werden, dazu hat die Abteilung Wohnbauförderung aber klipp und klar nein gesagt, da dies nicht den Förderrichtlinien entsprechen würde.

Walter Peer stellt klar, dass von Seiten der Steuerungsgruppe immer der Wunsch nach einem Cafe und später dann sogar auch nach einem Restaurant da war. Klare Aussage der WE war immer, dass das Risiko von der Gemeinde getragen werden muss und der Gemeinderat hat das auch beschlossen. Er glaubt sehr wohl, dass das funktionieren kann.

Nach längerer Diskussion stellt GV Thomas Leitgeb den Antrag diesen Punkt zu vertagen, der Bürgermeister ersucht daraufhin um kurze Unterbrechnung der Sitzung und bittet die Listenführer mit ihm den Saal zu verlassen (23.20 h).

Die Sitzung wird um 23.45 h wieder aufgenommen.

Der Bürgermeister berichtet, dass er mit den Listenführern vereinbart hat, dass am 31.10.2016 eine Sitzung der Steuerungsgruppe stattfindet, für den 04.11.2016 um 15.00 h wird eine Gemeinderatssitzung anberaumt, in der über diese Mietverträge entschieden werden soll.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, dieser Vorgangsweise zuzustimmen.

Zu 5)

Eva und Walter Kindl, 6143 Vomp, sind Eigentümer der Gst. 849/2 und 848/1 KG Mieders. Mit Antrag vom 24.02.2016 stellen sie den Antrag auf Umwidmung von derzeit Wohngebiet in „Freizeitwohnsitz“. Begründet wird dieses Ansuchen damit, dass die beiden Parzellen im Zuge der Erbregelung an die Töchter der Antragsteller übergeben werden, diese haben ihre Hauptwohnsitze in Wien bzw. Salzburg und möchten gegebenenfalls zukünftig auf den angeführten Grundstücken Gebäude errichten, welche nur vorübergehend genutzt werden sollen, weshalb der Antrag für zwei Freizeitwohnsitze gestellt wurde.

Dr. Georg Cernusca als Raumplaner der Gemeinde Mieders beurteilt dieses Ansuchen wie folgt:

Raumordnungsfachlich ist dieser Antrag nicht zu befürworten, auch wenn die 8 %-Klausel gem. § 13 Abs. 4 TROG 2016 für die Gemeinde noch nicht ausgeschöpft ist. Die Gemeindeführung hat schon mehrfach solche Ansuchen nicht befürwortet, weil damit im dicht besiedelten Gebiet Gebäude entstehen, welche nur zeitweise, also während den Ferien und dem Urlaub benützt werden und ansonsten leer stehen. Unabhängig davon, dass dies vom äußeren Erscheinungsbild der Gebäude nicht gut ist, wenn diese die meiste Zeit leer stehen, so leidet auch in vermehrtem Maße das dörfliche Leben darunter, wenn in der Nachbarschaft kein unmittelbarer Ansprechpartner vorhanden ist. Die tägliche Versorgung wird von solchen Bewohnern der Freizeitwohnsitze nicht benötigt und umgekehrt entstehen durch die Errichtung und Instandhaltung der vorhandenen kommunalen Leitungen der Gemeinde Kosten, welche von den Freizeitwohnsitzen nicht im angebotenen Umfang genutzt werden und daher entsteht der Gemeinde und der Allgemeinheit ein zusätzlicher finanzieller Nachteil.

Auch ist nicht gewährleistet, dass die zukünftigen Grundeigentümer die Grundstücke nach der Widmung nicht zu einem höheren Preis an Auswärtige oder EU-Bürger verkaufen, welche dafür natürlich einen höheren Preis bezahlen würden. Dies ist aber nicht im Sinne der örtlichen Raumordnung der Gemeinde Mieders und wirkt sich nachteilig auf noch höhere zukünftige Grundpreise in der Gemeinde Mieders, aus.

Zusammenfassend wird daher festgestellt, dass eine Widmung für Freizeitwohnsitze auf den Gst. 848/1 und Gst. 849/2, KG Mieders, raumordnungsfachlich nicht befürwortet werden kann.

Der Bürgermeister stellt daher den Antrag, diesem Ansuchen nicht stattzugeben.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt mit 12 Stimmen gegen 0 Stimmen (GR Jenewein erklärt sich verwandtschaftlichen Gründen für Befangen), das Ansuchen von Eva und Walter Kindl aus den angeführten Gründen abzuweisen.

Zu 6)

Zu 6.1)

Dieser Punkt entfällt, da der Substanzverwalter noch im Krankenstand ist.

Zu 7)

Zu 7.1)

Obmann Vbgm. Engl berichtet, dass am Montag den 24.10. eine Bauausschusssitzung stattfinden wird, besprochen werden die Themen Verkehrssicherheit und Übergänge an der Dorfstraße, vor kurzem sind die ersten Unterlagen von Ing. Huter diesbezüglich gekommen. Den Vorschlag der BH Innsbruck (Verkehrsreferat) wird man annehmen und gemeinsam mit dem Baubezirksamt eine Planung für die Linksabbieger im Bereich Moos und Danzl einholen. Dies hat aber nichts mit dem geforderten 60er zu tun, zu diesem Thema wird man ein Lärmgutachten einholen.

Zu 7.2)

Es hat seit der letzten GR-Sitzung keine Ausschusssitzung stattgefunden.

Zu 7.3)

Obmann GV Thomas Leitgeb berichtet, dass gestern eine Sitzung war, er schickt das Protokoll auch noch an den ganzen Gemeinderat, gesprochen wurde unter anderem auch über die Nutzung des Sitzungssaals, er ist überrascht, dass dieser Punkt heute schon auf der Tagesordnung ist, da ausgemacht war, dass der Kulturausschuss diesen Punkt bearbeitet. Weiteres berichtet er dann bei Punkt 9 der Tagesordnung.

Zu 8)

Der Bürgermeister geht die bisher eingebrachten Anträge einzeln nach Eingang durch:

Antrag auf Erstellung einer Finanzübersicht (23.03.2016, Frischer Wind)

Damals war noch nicht klar, dass GR Kafka-Ritsch Obmann des Überprüfungsausschusses wird und auch EM Preuss als beratendes Mitglied in den Ausschuss hinzugezogen wird, deshalb war für den Bürgermeister dieser Antrag nach der Wahl der Mitglieder des Überprüfungsausschusses erledigt. Er ersucht den Obmann diesen Antrag aufzugreifen.

Antrag zur Errichtung einer Facebook Seite der Gemeinde Mieders (28.04.2016, Liste 1)

Der Bürgermeister hat schon damals die Meinung vertreten, dass es wichtig ist, sich zum gesamten Thema Öffentlichkeitsarbeit, zu der auch Medien wie Facebook gehören, Gedanken zu machen. Er hat gehört, dass der Kulturausschuss dieses Thema gestern auch behandelt hat und ersucht Obm. Leitgeb um Auskunft. Leitgeb berichtet, dass über eine einheitliche Gestaltung von Homepage und Gemeindezeitung gesprochen wurde, dazu gehört seiner Meinung nach eben auch die Facebookseite, die Einrichtung würde relativ schnell gehen und könnte von einem Gemeindemitarbeiter gewartet werden. Für den Bürgermeister kommt es derzeit nicht in Frage, dass die Seite von den Gemeindemitarbeitern gewartet wird, daher möchte er dieses Thema noch etwas aufschieben.

Antrag zur Verbesserung der Verkehrssicherheit im Bereich Danzl/Moos (02.06.2016, Liste 1)

Diesen Antrag betrachtet der Bürgermeister als abgearbeitet, da er im Bauausschuss behandelt wurde.

Antrag bezüglich Massnahmen Hinterhocheck (02.06.2016, Frischer Wind)

Die nächste Sitzung mit den Beteiligten ist in Planung, Dr. Cernusca lässt sich in Zukunft in dieser Angelegenheit rechtlich vertreten.

Antrag auf Prüfung der Finanzgeschäfte der Gemeindegutsagrargemeinschaft (02.06.2016, Frischer Wind)

Dieser Antrag ist erledigt.

Antrag Herrn Ing. Mag. Karl Eigentler als Experten für verkehrstechnische Fragestellungen bei allen Verhandlungen und Sitzungen beizuziehen (02.06.2016, Frischer Wind)

Für den Bürgermeister ist dieser Antrag erledigt, GR Obex möchte das rechtlich geklärt haben, ob es dafür einen Gemeinderatsbeschluss braucht.

Bgm. Stern möchte diesen Beschluss gleich jetzt fassen, GR Ram ersucht um einen allgemeinen Beschluss, dass Experten beigezogen werden können.

Der Gemeinderat beschließt, dass Eigentler für die Sitzung am Montag beigezogen werden kann, für die weitere Vorgangsweise folgt noch ein eigener Beschluss.

Antrag auf Errichtung Bushaltestellen Gewerbepark (10.06.2016, Zukunftsliste)

Der Bürgermeister berichtet, dass der im heurigen Budget enthaltene Posten für das Buswartehäuschen im Gewerbepark für die Haltestelle vor der neuen Volksschule verwendet werden muss, das Wartehäuschen Gewerbepark wird im nächsten Budget verankert.

Antrag Alte Recycling Deponie (16.06.2016, Zukunftsliste)

Dieser Antrag ist in Bearbeitung.

Antrag auf Ausbau der Beschneigungsanlage Ochsenhütte (14.07.2016, Zukunftsliste)

Der Bürgermeister ist der Meinung, dass dies Sache der Serleslifte ist und wird ihn an den Geschäftsführer weitergeben.

Antrag auf Rückführung der Privatkredite (14.07.2016, Zukunftsliste)

Laut Bgm. Stern muss man zuerst die Beteiligungen umwandeln, dann kann man das bereinigen. Walter Jenewein ist ihm immer noch eine Antwort auf sein letztes Mail schuldig, diese wartet er noch ab.

Antrag LWL Ausbau (14.07.2016, Zukunftsliste)

Dieser Antrag ist mit der Einladung der Vertreter der A1 in der letzten Sitzung erledigt.

Antrag auf Überprüfung der Heizanlage Reinisch (14.07.2016, Zukunftsliste)

Der Bürgermeister hat mit Reinisch gesprochen, er wird noch ein Schreiben der Gemeinde erhalten, in dem er um Aufklärung gebeten wird. Reinisch hat nach seiner Aussage für das nächste Jahre umfangreiche Investitionen geplant.

Jenewein ist der Meinung, dass man hier massiv dahinter sein muss und die Anlage so instandgehalten werden muss, dass sie den Bestimmungen entspricht.

Zu 9)

Der Bürgermeister stellt die Frage an Thomas Leitgeb, ob es einen Vorschlag von Seiten des Kulturausschusses gibt. Leitgeb berichtet, dass es Vorschläge zwischen 20 und 40 Euro pro Veranstaltung gibt, auch wurde vorgeschlagen, dieses Geld einem sozialen Zweck zugutekommen zu lassen, dazu ist er eher skeptisch, da die steuerliche Frage nicht geklärt ist, grundsätzlich wäre er aber dafür, von den Vereinen keine Miete zu verlangen, sondern nur von den politischen Fraktionen.

Der Bürgermeister entscheidet, dass in Zukunft für die Vermietung des Sitzungsraumes von politischen Fraktionen ein Beitrag von € 20,- eingehoben und unter dem Titel Vermietung und Verpachtung Gemeindesaal verbucht wird.

Zu 10)

Die PEM hat den Auftrag erhalten, in einer der nächsten Sitzungen die Aufgaben der PEM darzustellen.

Der Kastanienbaum bei der Volksschule wurde vom Maschinenring begutachtet, die Empfehlung lautet, den Baum zu ersetzen, da er durch die Baumaßnahmen stark geschädigt wurde. Da die STRABAG unter Zeitdruck ist und diesen Bereich fertig stellen muss, wurde entschieden, abzuwarten ob sich der Baum erholt. Ohne Info an den Gemeinderat wollte er den Baum nicht fällen lassen.

Obex ist der Meinung, dass der Bürgermeister ein großes Risiko auf sich nimmt.

Der Bürgermeister schlägt vor, im Frühjahr eine Gemeinderatsklausur abzuhalten.

Eine Infoveranstaltung zum Thema Asyl wird im Frühjahr stattfinden.

Voraussichtliche Termine für die Gemeinderatssitzungen 2017:

- 09.02.2017 – GR-Sitzung
- 09.03.2017 – GR-Sitzung
- 13.04.2017 – GR-Sitzung
- 11.05.2017 – GR-Sitzung
- 08.06.2017 – GR-Sitzung
- 06.07.2017 – GR-Sitzung
- 14.09.2017 – GR-Sitzung
- 11.10.2017 – GR-Sitzung
- 09.11.2017 – GR-Sitzung
- 14.12.2017 – GR-Sitzung

GV Eigentler: Der Bereich Einfahrt Moos wurde umgebaut, bis wann soll hier asphaltiert werden?

Bgm.: Heuer ist im Budget nichts für Asphaltierungen vorgesehen, man wird das im Budget für das nächste Jahr vorsehen. Heuer ist noch ein Rest aus 2015 offen (€ 10.000,-) und kleine Asphaltierungsarbeiten (ca. € 5.000,-) sind noch zu machen.

Die Liste 1 bringt folgenden Antrag ein:

Antrag auf Sachverhaltsdarstellung bzgl. Grenzmauer Cruciani – Weg Saxer Raimund

Die Liste 1 Mieders stellt hiermit einen Antrag auf präzise Sachverhaltsdarstellung in einem eigenen Tagesordnungspunkt bei der nächsten Gemeinderatssitzung bzgl. dem Bauvorhaben Hinterhocheck (Grenzmauer Cruciani – Weg Raimung Saxer).

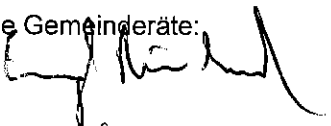
In dieser Sache wurde bereits vom Landesverwaltungsgerichtshof entschieden – wie ist die weitere Vorgehensweise?

Zu 11)

Der Bürgermeister berichtet, dass die Stelle eines/r Jugendraummitarbeiter/in ausgeschrieben war, da die bisherige Leiterin, Christiane Kofler gekündigt hat. Diese Stelle übernimmt Herr Davide Fulici, der bisher schon als Jugendraummitarbeiter beschäftigt war, als Ersatz für ihn hat Frau Sadhana Bösch bereits mit 06.10.2016 die Arbeit aufgenommen. Der Bürgermeister ersucht um Beschluss der entsprechenden Verträge.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, Frau Sadhana Bösch als neue Jugendraummitarbeiterin anzustellen und das Stundenausmaß von Herrn Davide Fulici von derzeit 13 Stunden auf 18 Wochenstunden zu erhöhen.

Die Gemeinderäte:



Der Bürgermeister:



Der Schriftführer:

